

| | | |
|---|--|--|
| Vorlage | Vorlage-Nr: | V 2015/006 |
| TOP: | Status: | öffentlich |
| | Datum: | 18.01.15 |
| Weiterentwicklung der Förderschullandschaft im Kreis Borken - Johannesschule | | |
| Federf. Fachbereich: | Jugend, Familie, Schule und Sport | |
| Beteiligte Fachbereiche: | | |
| Verfasser/in: | Schlagheck, Wolfgang | |
| Beratungsfolge: | Sitzungsdatum | Gremium |
| | 27.01.2015 | Ausschuss für Kultur, Schule und Sport |
| | 25.02.2015 | Ausschuss für Kultur, Schule und Sport |
| | 25.03.2015 | Rat der Stadt Borken |

Erläuterung:

Seit Bekanntwerden der Veränderungen im Schulgesetz im Blick auf das Thema „Inklusion“ und die damit verbundene so genannte „Mindestgrößenverordnung“ befassen sich Vertreter/innen der sechs kommunalen Förderschulträger für den Bereich „Lernen“ um eine Lösung für den Erhalt ihrer Förderschulen.

Stichtag für die Bezirksregierung ist der 01.08.2015. Wenn zu diesem Zeitpunkt die Mindestgröße von 144 Schüler/innen pro Schule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ unterschritten wird, muss diese Schule auslaufend gestellt werden und kann ab dem Schuljahr 2016/17 keine neuen Schüler/innen mehr aufnehmen.

Am 14.01.2015 fand im Kreishaus in Borken eine Informationsveranstaltung mit Vertretern der Bezirksregierung statt, zu der auch die Mitglieder dieses Ausschusses und die Fraktionsvorsitzenden unseres Rates eingeladen waren.

Herr Leitender Regierungsschuldirektor Eisenberg von der Bezirksregierung machte anhand der vorgestellten Schülerzahlen deutlich, dass keine bisherige Förderschule „Lernen“ alleine überlebensfähig ist. Somit auch nicht die Johannesschule in Borken.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Bezirksregierung vor, zum Schuljahr 2016/17 eine Förderschule „Lernen“ mit je einem Standort in Ahaus und Bocholt anzustreben. Die Förderschulen in Gronau, Stadtlohn und Borken sollten zur Absicherung dieser neuen Förderschule zum 01.08.2016 geschlossen werden und die noch verbleibenden Schüler/innen könnten das Schulangebot in Ahaus oder Bocholt wahrnehmen. Die Ver-

bundschule in Vreden würde zum 01.08.2016 auslaufend gestellt und könnte keine Schüler/innen mehr aufnehmen.

Jetzt müssen die zuständigen Ausschüsse vor Ort sich mit dem Vorschlag der Bezirksregierung befassen und eine Entscheidung treffen.

Sollten sich die Schulausschüsse und Räte nicht zeitnah zu einer kreisweit abgestimmten Entwicklung durchringen können, wäre das Auslaufen aller Förderschulen „Lernen“ im Kreis Borken nicht mehr zu verhindern, da dann rechtliche Vorgaben greifen und die betroffenen Schulen und damit auch die Johannesschule von den Städten auslaufend gestellt werden müssten.

Dies hätte zur Folge, dass es im Kreis Borken nach Auslaufen der bisherigen Standorte künftig kein Förderschulangebot Lernen mehr geben würde (wie z.B. im Kreis Warendorf). Wir sind der Auffassung, dass dies aus Elternsicht aber auch z.B. aus Jugendhilfesicht möglichst nicht geschehen sollte.

In der Sitzung wird Herr Eisenberg den Vorschlag der Bezirksregierung noch einmal vorstellen und steht dann im Anschluss für Fragen zur Verfügung.

Im Rahmen der Beratung über die Zukunft der Johannesschule als eine Einrichtung der Förderschulen im Kreis Borken ist die Johannesschule durch den Schulträger zu beteiligen. Dies hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass eine angemessene Beratung in der Schule und eine Berücksichtigung des Votums der Schule bei der abschließenden Beschlussfassung des Schulträgers möglich ist. Die Entscheidungsbefugnis des Schulträgers bleibt dennoch unberührt.

Bei einer entsprechenden Beauftragung durch diesen Ausschuss würden wir die Johannesschule unmittelbar im Anschluss beteiligen.

Danach würde im März 2017 eine weitere Sitzung dieses Ausschusses stattfinden, in der in der Sache ein Beschluss zu fassen wäre. Sofern dieser Ausschuss eine Schließung der Johannesschule empfehlen sollte, würde sich der Rat in seiner Sitzung am 25.03.2015 damit befassen und ggf. beschließen.

Entscheidungsalternative/n:

Folgende Entscheidungsalternative/n:

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag der Bezirksregierung nicht einverstanden.

Sollte eine der Förderschulstandorte mit dem Vorschlag der Bezirksregierung nicht einverstanden sein, würden alle Förderschulen auslaufend gestellt mit der Folge, dass es nach dem Auslaufen im Kreis Borken keine Förderschule „Lernen“ mehr geben würde.

Finanzielle Auswirkungen:

Beim Auslaufen oder Schließen der Johannesschule werden die Betriebs-, Unterhaltungs- und Personalkosten entfallen. Sofern es eine Förderschule „Lernen“ mit den Standorten Ahaus und Bocholt geben sollte, würden für die oben genannten Kostengruppen wieder Kosten entstehen, die abhängig von deren Trägerschaft entweder im

Rahmen der Kreisumlage oder einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung mit dem kommunalen Träger anteilig zu tragen wären.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Johannesschule zu einer möglichen Schließung der Schule einzuleiten.

Anlage 01 - Lösungsmöglichkeit Förderschulen im Kreis Borken

Anlage 02 - Presseerklärung Förderschulen